

Nach dem Sturz der Tschechischen Regierung – Wie geht es weiter in Prag und mit der EU-Ratspräsidentschaft?

Dr. Erfried Adam, Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag

Das fünfte Misstrauensvotum hatte Erfolg

Der fünfte Misstrauensantrag seit Regierungsantritt im Januar 2007 hatte am 24. März 2009 Erfolg: 101 der anwesenden 197 Abgeordneten (von 200 Abgeordneten) stimmten gegen die bestehende Regierung, nur 96 dafür. Gegen die Regierung stimmten zwei „Rebellen“ der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), deren Ausschluss aus Fraktion und Partei ansteht, sowie zwei bisherige Abgeordnete der Grünen Partei, die erst kürzlich wegen Konflikten mit dem Parteiführer und Umweltminister *Martin Bursík* aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Für den Misstrauensantrag stimmte geschlossen die Opposition von Sozialdemokratie (71 Abgeordnete) und Kommunisten (26 Abgeordnete). Entsprechend der Verfassung reichte die Regierung am 26. März den Rücktritt ein und ist seither provisorisch („in resignation“) im Amt – oder, wie Staatspräsident *Václav Klaus* öffentlich betonte: nur noch als eine „Semi-Regierung“.

Politischer Machtkampf

Mit dem Rücktritt der Regierung fiel **Präsident *Václav Klaus* eine Schlüsselrolle** zu. Entgegen der Erwartungen zeigte er sich nicht bereit, die Regierung zumindest bis zum Ende der EU-Ratspräsidentschaft geschäftsführend im Amt zu lassen. Er drängt auf eine baldige Neukonstituierung und Verhandlungen zwischen den Parteien, vor allem der ODS, den Sozialdemokraten (ČSSD) und Christdemokraten (KDU-ČSL). Nach Gesprächen mit den Vorsitzenden von ČSSD, *Jiří Paroubek*, und der Christdemokraten, *Jiří Čunek*, am 27. März, die von beiden als „konstruktiv“ bezeichnet wurden, stellte er in Aussicht, denjenigen zum Ministerpräsidenten zu ernennen, der als erster „101 Stimmen“ herbeibringen könne. Diese Aussage wurde in den Medien mit den Hinweisen kommentiert, dass die Verfassung eine absolute Mehrheit für das Ministerpräsidentenamt nicht verlange und außerdem die Beteiligung der Kommunisten nicht abgelehnt werde. Die Sozialdemokraten haben dies seit ihrem Parteitagbeschluss von „Bohumín“ (1997) zumindest für die nationale Ebene abgelehnt.

Čunek brachte eine „Regenbogen-Koalition“ aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien ohne Kommunisten ins Gespräch und die Kommunisten ihrerseits eine

„Große Koalition“ von ČSSD und ODS. Die Sozialdemokraten, die eine „Experten- oder Beamtenregierung“ favorisieren, haben sich auf direkte Gespräche mit der ODS eingelassen und als ersten Schritt der Annäherung einen Termin für Neuwahlen (voraussichtlich 16./17. Oktober 2009) abgestimmt. Die ČSSD verlangt aber den Abschied von Innenminister *Ivan Langer* (ODS), dem wahltaktischer Missbrauch von Geheimdienst- und Polizeiinformationen vorgeworfen wird, die vor den Wahlen 2006 vermutlich wahlentscheidend gegen die ČSSD genutzt wurden („Kubice Report“). Eine gewisse Annäherung zeichnet sich auch im Blick auf die von der Regierung vorgeschlagenen Anti-Krisenmaßnahmen ab, die in einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am 3. April eingebracht und debattiert werden sollen. Sie sehen Veränderungen bei der Einkommenssteuer, Entlastungen bei der Sozialversicherung und Anpassungen beim Insolvenzrecht vor.

Die weitere Entwicklung der anstehenden Regierungsbildung ist derzeit nicht absehbar, nicht einmal hinsichtlich der Zeitperspektiven: Geht es um die letzten drei Monate der EU-Präsidentschaft oder um die Zeit bis zu den vorgezogenen Neuwahlen? Eine „Große Koalition“ erscheint unwahrscheinlich, zumal sich die Parteien bereits im (Vor-)Wahlkampf für die Europawahlen am 5./6. Juni befinden. Denkbar ist eher eine „Brückenregierung“ durch eine Regierungsumbildung (Austausch von Ministern) oder auch die Aufnahme von unabhängigen „Experten“, über die in den Medien bereits hinsichtlich potentieller Kandidaten spekuliert wird. *Topolánek* und die ODS beanspruchen weiterhin die Führung und sperren sich noch gegen die Berufung eines „unpolitischen“ Beamtenkabinetts. Sie schlagen dagegen verschiedene Varianten vor: Weiterregieren als „Regierung in resignation“ bis zur Verabschiedung von Anti-Krisenmaßnahmen (vermutlich Ende April), Weiterregieren bis nach den Europawahlen oder bis zum Ende der EU-Präsidentschaft oder gar bis zu den Neuwahlen im Oktober. Nach letzten Äußerungen deutet sich eine „Allparteienregierung“ ohne Kommunisten an, wobei offen bleibt, ob diese Regierung eher politisch oder durch „unabhängige Experten“ besetzt wird und wer sie führen soll.

Bei vielen der anstehenden Fragen verfügt die tschechische Verfassung nicht über eindeutige Regelungen hinsichtlich der Kompetenzen und Verfahren. Nicht einmal der Weg zu Neuwahlen ist – ähnlich wie in Deutschland – einfach: Es werden verschiedene Verfahren genannt, die alle sehr zeitaufwändig sind, wie z.B. eine dreimonatige Inaktivität des Abgeordnetenhauses. Nach den Wahlen von 2006 hatten die Sozialdemokraten sich gegen eine Verfassungsänderung gestellt, da sie dem Präsidenten und den ihm nahestehenden Parteien die Möglichkeit Neuwahlen zu „provokieren“, nicht einräumen wollten. Jetzt sind sie bereit, selbst ein entsprechendes Verfassungsgesetz einzubringen.

Zum Hintergrund der tschechischen Regierungskrise

Die tschechische Politik ist in hohem Masse von einem **konfrontativen und personalisierten Politikstil** geprägt, aber auch von persönlichen Rivalitäten und Animositäten, sowie – dies gilt im Wesentlichen für die ODS – von einer im europäischen Kontext inzwischen ungewöhnlichen Orientierung an neo-liberaler Ideologie. Es fehlt weithin die Bereitschaft der Regierung zur Konsenssuche, zum Interessenausgleich und zu Verhandlungslösungen gegenüber der Opposition, aber auch gesellschaftlichen Interessenvertretungen wie Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisatio-

nen. Für die Regierung *Topolánek* kennzeichnend ist eine „Arroganz der Macht“, der sich in vielen Fragen auch die Koalitionsparteien unterworfen haben.

Begründet wurde der fünfte Misstrauensantrag mit Dissens in der Politik, insbesondere der unzureichenden Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise, mit dem intolerablen Zustand der tschechischen Justiz, dem auf Stimmenkauf und Erpressung basierenden Regierungsstil sowie mit Machtmissbrauch. Tatsächlich kam die Regierung *Topolánek* im Jahr 2007 nur durch die Stimmen von zwei Überläufern aus der Sozialdemokratie zustande. Seither haben nach Medienberichten Stimmenkauf, Druck und Erpressung sowie die Nutzung von Polizei- und Geheimdienstberichten zweifelhafter Qualität in der Absicherung der Mehrheit eine Rolle gespielt. *Topolánek* musste jüngst zugestehen, dass er durch Druck auf die Medien entsprechende negative Berichterstattung verhindern wollte. Selbst der Präsident kritisierte diese politischen Verfahren und Manöver und sprach sich gegen eine Regierung aus, die wiederum nur durch „Renegaten“ zustande komme. Es ist nicht auszuschließen, dass (wie DER SPIEGEL 14/2009 festhielt) der Interessenhandel in den Hinterzimmern während der Zeit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und dem tolerierenden „Oppositionsvertrag“ mit der ODS die demokratischen „Sitten verdorben“ hat.

Die Regierungskoalition aus ODS, Christdemokraten und Grünen blieb in hohem Masse instabil und gezeichnet von tiefen Konflikten in allen Parteien. Zwar konnte sich *Topolánek* auf dem Parteikongress der ODS Anfang Dezember 2008 durchsetzen, aber ein radikal-neoliberaler und europakritischer Teil der Partei, deren Verhalten zukünftig kaum kalkulierbar ist, steht ihm weiterhin kritisch gegenüber. Die Christdemokraten sind durch die Korruptionskrise um ihren Vorsitzenden *Jiří Čunek* und dessen Ausschluss aus der Regierung tief verunsichert und unfähig sich auf einen Vorstandskandidaten zu einigen. Bei den Grünen führten andauernde Konflikte und schließlich der Ausschluss mehrerer Parteimitglieder, darunter die jetzt der Regierung die Zustimmung verweigernden Abgeordneten, zu einer Spaltung der Partei. Beide, Christdemokraten und Grüne, stehen bei Meinungsumfragen am Rande oder unterhalb der Fünf-Prozent-Klausel und haben damit derzeit kaum Interesse an Neuwahlen. Mehr noch als den beiden „Rebellen“ der ODS wird den Grünen unter *Martin Bursík* das Scheitern der Regierung angelastet. Das Verhältnis zwischen ihm und dem Präsidenten scheint nicht nur von tiefem Dissens in fundamentalen Fragen (Umweltpolitik/Klimawandel) geprägt zu sein, sondern inzwischen von offener Abneigung bestimmt. Direkte Gespräche zwischen beiden hat es nicht gegeben und die Zukunft der Grünen Partei bleibt offen. Die beiden ausgeschlossenen Abgeordneten haben inzwischen die „Demokratische Grüne Partei“ begründet. Vor diesem Hintergrund war *Topolánek* auch bisher mehr mit innenpolitischen Manövern und Machterhalt befasst als mit seiner Führungsrolle als Präsident des EU-Rates.

Zwischen der ODS-Regierung und insbesondere der sozialdemokratischen Opposition gibt es einen **fundamentalen wirtschafts- und sozialpolitischen Gegensatz**. Die ODS unter dem damaligen Ministerpräsidenten *Václav Klaus* ist aus Sicht der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und zunehmender Teile der Gesellschaft für die gescheiterte nationale Privatisierungspolitik der 90er Jahre verantwortlich. Sie führte zu einer rapiden Aufspaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer sowie zu der folgenden Banken- und Währungskrise. Viele sehen diese Politik der Selbstbedienung und Bereicherung jetzt mit allen Mitteln und durch weitere Privatisierung

gen fortgesetzt. Besonders strittig sind die Privatisierung des Prager Flughafens Ruzyne und von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen.

Sozialdemokratisch geführte Regierungen haben zwischen 1998 und 2006 einen Weg aus der damaligen Krise gefunden, das Land auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet und es 2006 in einem wirtschaftlich guten Zustand hinterlassen, mit hoher Wachstumsrate und einer finanzpolitischen Stabilität, die in wesentlichen Bereichen den „Maastricht-Kriterien“ entsprachen und einen baldigen Beitritt zur Euro-Zone ermöglicht hätte. Mit der 2007 ohne Konsultationen oder Kompromisse beschlossenen Steuerreform und im Zuge steigender Energiepreise stiegen Inflation und Staatsdefizit drastisch mit dem implizierten und intendierten Zwang zu weiteren Sparmaßnahmen und Privatisierungen. Finanzminister *Miroslav Kalousek* (KDU-CSL) legte noch Ende 2008, als die Finanzkrise die Realwirtschaft auch in Tschechien längst erreicht hatte und – ähnlich wie in Deutschland – durch tiefe Einbrüche vor allem bei den Exporten eine rezessive Dynamik erwarten ließ, einen Haushalt vor, der weiterhin auf einem Wachstum von 3,5 Prozent basierte und verweigerte bisher jede Anpassung an die Realität. Die Regional- und Senatsteilwahlen im Oktober 2008 wurden wegen der Steuerreform, aber vor allem wegen den Gesundheitsprämien und dem Privatisierungsdruck im Gesundheitswesen zu einem nationalen Referendum und im Resultat zu einer Abstrafung der Regierung: Die ODS-Regierung hatte ihre Legitimation bereits vor dem Misstrauensvotum verloren, die Handlungsfähigkeit nach innen und außen war bereits entscheidend eingeschränkt.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften verschließen sich keineswegs prinzipiell der Notwendigkeit wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen, aber sie setzen auf kooperative und eher pragmatische Lösungen. Die Sozialdemokraten haben sich für eine Politik der „Modernisierung“ entschieden, die versucht, stärker die „Mitte“ anzusprechen und für jüngere Wähler und Frauen attraktiv zu werden. Mit ihrer Orientierung an einer Balance zwischen Wirtschafts- und Sozialentwicklung, deren Grundwerte im Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell enthalten sind, sind sie damit Teil der europäischen Sozialdemokratie. Die tschechischen Gewerkschaften kooperieren eng mit den Europäischen Gewerkschaftsbund und mit den Gewerkschaften in Nachbarländern.

Eine Krise der EU-Ratspräsidentschaft?

Die Einschätzungen, wie „erfolgreich und effektiv“ die Regierung *Topolánek* als EU-Präsidentschaft ist, sind umstritten. Nach außen hat die tschechische EU-Ratspräsidentschaft zunächst eine durchaus respektable Figur abgegeben. Sie blieb aber durch die andauernde innenpolitische Instabilität belastet und nur begrenzt zu politischer Führung fähig. Die Kompetenzverteilung zwischen dem Amt des Ministerpräsidenten und dem dort angesiedelten stellvertretenden Ministerpräsidenten für Europa, *Alexandr Vondra*, sowie dem Außenministerium erzeugte erhebliche Reibungsverluste. In weiten Bereichen stand sich die Regierung mit ihrer neo-liberalen Ideologie selbst im Wege.

Eine EU-Präsidentschaft hat im Wesentlichen folgende Aufgaben: (1) die Abstimmung und Festlegung des Arbeitsprogramms der 18-monatigen EU-Trio-Präsidentschaft (hier gemeinsam mit Frankreich und Schweden); (2) die diplomatische und organisatorische Vorbereitung und Umsetzung dieses Programms in Zu-

sammenarbeit mit der Trio-Präsidentschaft, dem Generalsekretariat des EU-Rates und der EU-Kommission; (3) die Vertretung der gemeinsam und im Kompromiss gefundenen Entscheidungen nach innen und nach außen; (4) die Führungsrolle in der Reaktion auf aktuelle Krisen und die Gemeinschaft betreffende Notlagen. Bei Letzterem verweigerte sich die tschechische Präsidentschaft zunächst dem politischen Handlungsdruck: Die Gaskrise zu Jahresbeginn wurde zunächst als rein wirtschaftliches Problem abgetan, das dem Markt überlassen werden müsse. Schließlich folgten einige prestigeträchtige diplomatische Auftritte, bevor die eigentlichen Verhandlungen den gewichtigeren und erfahrenen Ländern und deren Politik- und Wirtschaftskontakten überlassen wurde. Beim Gaza-Konflikt folgte ein sich überschätzender Aktionismus mit diplomatischen Defiziten und begrenzten Resultaten.

Die Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise blieb aus ideologischen Gründen zunächst ganz aus und wurde dann halbherzig und ohne langfristiges Konzept verfolgt. Zudem bleibt der Eindruck, dass *Topolánek* auch als EU-Ratspräsident die europäische Krisenreaktion entsprechend zurückhaltend vertritt und keine eigenen Initiativen entfaltet. Eine Ausnahme ist sein (berechtigtes) Eintreten gegen Protektionismus, das sowohl der Parteiideologie als auch dem nationalen Interesse entspricht. Selbst bei den inzwischen in einem breiten Konsens der europäischen Partner konzipierten Anti-Krisenmaßnahmen bestätigte sich dieser Eindruck: Hier steht mit *Topolánek* ein Präsident des EU-Rates, der gegen seine wirkliche Überzeugung politische Entscheidungen der Gemeinschaft vertreten muss!

Wie sehr die politische Position *Topoláneks* ideologisch gefärbt ist und sich der mühsamen Konsensbildung in der Europäischen Union entzieht, wird aktuell deutlich in seiner Kritik an dem Konjunkturprogramm der Obama-Administration vor dem EU-Parlament am 25. März: Diese Hilfen seien ein „Weg in die Hölle“ und geeignet, die „Stabilität der Finanzmärkte zu untergraben“. Am 4./5. April werden *Topolánek* und *Klaus* US-Präsident Obama und die 26 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten in Prag empfangen.

Wie es weitergeht mit der EU-Präsidentschaft ist offen. Vieles wird durch gute Mitarbeiter in den Ministerien, die Trio-Präsidentschaft und EU-Institutionen abgefangen werden können. Regierungswechsel während einer Präsidentschaft hat es auch in Dänemark und Italien gegeben. Mit Hinblick auf die Ratifizierung des Lissabonner Reformvertrags hat die tschechische Regierungskrise aber fundamentale europapolitische Relevanz.

Die Zukunft des Lissabonner Vertrags

Wie es mit der Ratifizierung des Lissabonner Reformvertrags weitergeht, ist unklar: *Topolánek* ist keineswegs ein Verfechter des Vertrages. Er sieht ihn als notwendiges Übel, aber seine Möglichkeit, die Ratifizierung im ODS-dominierten Senat durchzusetzen, ist weiter geschwächt. Sowohl *Topolánek* als auch der tschechische Außenminister *Schwarzenberg* setzten sich für die baldige Ratifizierung ein und hielten diese vor den Europawahlen für möglich. Unter den ODS-Senatoren zeichnet sich aber weiterhin keine ausreichende Bereitschaft ab, sich mit den Senatoren anderer Parteien abzustimmen.

Die Sozialdemokraten sind die stärksten Verfechter der europäischen Integration und des Lissabonner Vertrags. Die Kommunisten haben ihn bisher abgelehnt (ähnlich wie in Deutschland die Linkspartei) und die beiden ODS-Abgeordneten, die gegen *Topolánek* stimmten, machen aus ihrer Nähe zu Präsident *Klaus* und der Ablehnung des Lissabonner Vertrags keinen Hehl. Der bisherige ODS-Abgeordnete *Tlustý*, der inzwischen seine Mitgliedschaft „suspendierte“, hat jetzt seine Kandidatur für das EU-Parlament auf der Liste der europakritischen „Libertas.cz“ angekündigt. Ein Sohn von *Václav Klaus* soll entsprechend für die ebenfalls europakritische und *Klaus* nahestehende Partei SSO (Partei der Freien Bürger) kandidieren. *Klaus* hatte auf dem Parteitag der ODS Anfang Dezember 2008 unter Kritik an der europapolitischen Position von *Topolánek* seinen Ehrenvorsitz der ODS und damit die Mitgliedschaft aufgegeben. Seine Bereitschaft, den Vertrag zu unterzeichnen, macht er abhängig von einer vorherigen, positiven Abstimmung in Irland. Es ist nicht ohne Konsequenz, dass die ODS die Absicht öffentlich machte, sich nach den Europawahlen aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) zu verabschieden und mit den britischen Konservativen und der polnischen PiS eine neue Fraktionsgemeinschaft zu bilden. Möglicherweise hat *Václav Klaus*, indem er andere zum Handeln ermutigte, einige seiner politischen Ziele erreicht!

(Stand: 1. April 2009)